



Heiner Flassbeck

GESCHEITERT

Warum die Politik
vor der Wirtschaft
kapituliert

Heiner Flassbeck

GESCHEITERT

**Warum die Politik
vor der Wirtschaft
kapituliert**

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-938060-22-3

© Westend Verlag Frankfurt/
Main im Piper Verlag GmbH,
München 2009

Satz: Fotosatz Amann, Aichstetten

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	16
Kapitel 1 Soziale Demokratie ohne Ökonomie?	
Über Keynes hinaus, aber wohin?	24
Sozial ist, was Arbeit schafft	28
Kapitel 2 Das Scheitern an der deutschen Vereinigung	
Die unvollendete Vereinigung	34
Das Transferproblem	37
Der falsche Lohn	46
Die Legende vom Markt im Osten	57
Die Unfähigkeit zur Solidarität	62
Kapitel 3 Das Scheitern in Europa	
Der Euro – der Anfang vom Ende gleich zu Anfang	66
Inflation, das Gespenst der Deutschen	71
Der ungeliebte Euro	75
Die Europäische Zentralbank: Unzulänglich und unzugänglich	84

Kapitel 4 Das Scheitern bei der Osterweiterung Europas	
Europa wird groß	88
Nur die Flucht nach vorn hilft	93
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort	95
Kapitel 5 Das Scheitern an der Globalisierung	
Die große Angst	108
Sozialstandards: Wo die Linke irrt	117
Die chinesische Gefahr	121
Wettkampf der Nationen	127
Die globalisierte Wirtschaft braucht globale Regeln	130
Kapitel 6 Das Scheitern an der Kasinowirtschaft	
Die Finanzkrise des Jahrhunderts	134
Herr Ackermann will 25 Prozent	144
Mindestlohn und Maximalgehalt	148
Provinzpossen statt globaler Politik	151
Sinnlose Gipfel	154
Kapitel 7 Das Scheitern der Reformen	
Deutschland, das Schlusslicht	158
Reformieren, reformieren, bloß nicht denken	165
Die schreckliche Geschichte der Rente	171
Weiß-blaue Pensionsfantasien	181
Das Dogma der Lohnnebenkosten	188
Kapitel 8 Das Scheitern der Agenda	
In Willys Namen	194
Konjunktur für Arbeitsplätze	199
Wie es uns geht? Danke der Nachfrage!	203
Wohin mit der Knete?	205
Koch-Logik	209
Schulden für die anderen, Guthaben für uns	212

Kapitel 9 Das Scheitern beim Arbeitslohn	
Mindestlohn: Falsche Theorie für falsche Politik	216
Der Mindestlohn – die internationale Dimension	221
Der Flächentarifvertrag ist ein Muss	224
Kapitel 10 Das Scheitern an Nebenkriegsschauplätzen	
Grundeinkommen für Millionäre?	229
Sackgasse Privatisierung	232
Journalisten und sonstige Meinungsmacher	234
Ökonomie und Ökologie – der Scheinkonflikt	238
Schluss In die Zukunft oder in die Vergangenheit?	
Gerhard (und Angela) im Glück	244
Wirtschaftsfreundliche Politik ist das Ende der Marktwirtschaft	250
Anmerkungen	260
Literaturverzeichnis	262

Vorwort

Die große Krise bringt an den Tag, was der globale Boom für ein paar Jahre verdeckt hatte: Die deutsche Wirtschaftspolitik hat kein Konzept, weder für den Boom noch für die Krise. Das ist leider nicht neu. Seit dem Ende der amerikanischen Vorherrschaft in der Wirtschaftspolitik, die die ersten beiden Jahrzehnte nach dem Krieg geprägt hatte, und einer kurzen Episode sozialliberaler Versuche in Keynesianismus wurstelt man in deutschen Ministerien ohne jede klare Idee vor sich hin. Seit drei Jahrzehnten, nämlich genau seit Helmut Schmidt sich im Jahre 1978 einmal internationalen Verpflichtungen beugte, spielt die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Erde ohne jeden Sinn und Verstand international die Rolle des Bremsers, wenn es darum geht, die Weltwirtschaft in einer koordinierten Aktion aus einer Talsohle zu holen.

Seit drei Jahrzehnten verfolge ich das mit einer Mischung von Sarkasmus und Ironie. Jetzt aber, im Winter 2009 wird es wirklich gefährlich. Nachdem das neoliberale Modell, das hierzulande mit dem Lambsdorff-Papier im Jahre 1981 hoffähig wurde, endgültig gegen die Wand gefahren ist, steht die deutsche Wirtschaftspolitik vor einer fundamentalen Wende. Reagiert sie nicht aus eigenen Stücken, werden die Verhältnisse sie zwingen. Deutschland muss endlich wirtschaftspolitisch erwachsen werden.

Vielleicht muss man mit eigenen Augen gesehen haben, was

alles schiefgelaufen ist, um zu verstehen, wie tief greifend die Wende jetzt sein muss. Vielleicht hilft es, sich sozusagen im Schnelldurchlauf die *chronique scandaleuse* vor Augen zu führen, um zu verstehen, warum Durchwursteln ins Verderben führen muss. Da ich einer der wenigen Menschen bin (momentan vermutlich sogar der Einzige), der praktisch alle wichtigen Institutionen der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland aus eigener Mitarbeit kennt, kommt mein Urteil weder aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft noch aus den Niederungen der Politik allein. Meine Arbeit war von Anfang an geprägt von dem Versuch, aus der Wissenschaft praktische Lehren für eine gesamtwirtschaftlich vernünftige Politik zu ziehen.

Als ich im Mai 1980 vom Stab des Sachverständigenrates, den »fünf Weisen« in Wiesbaden, in das Bundeswirtschaftsministerium (BMWI) nach Bonn wechselte, begann das Drama. Kurz zuvor hatte ich ein Angebot, zur Deutschen Bundesbank in die Zentrale nach Frankfurt zu gehen, unter anderem deswegen ausgeschlagen, weil im Bundesbankgesetz explizit geregelt ist, dass für die Beamten dort die Möglichkeit, ihre Meinung in der Öffentlichkeit oder auch in der Wissenschaft zu verbreiten, eingeschränkt war. Ich war aber gerade im Unfrieden von einem Sachverständigenrat geschieden, der sich als die neoliberale Speerspitze im Kampf gegen den Staat ansah, und fand die freie Meinungsäußerung zu diesen Dingen entscheidend für meinen weiteren Lebensweg.

Das war eine gute Entscheidung. In Bonn war nämlich in der alten Kaserne an der Villemomblerstraße fast die gesamte Gruppe von Menschen versammelt, die in den nächsten drei Jahrzehnten Deutschlands wirtschaftliches Schicksal in der Hand beziehungsweise im Kopf haben würden. Ich begann meine Arbeit im Grundsatzreferat und einer der erfahrenen Kollegen, die mich in den ersten Monaten berieten und dessen Büro unmittelbar neben meinem lag, hieß Horst Köhler. Am Ende des Flures resi-

dierte Hans Tietmeyer, die graue Eminenz des Ministeriums und der Vordenker der Wende von 1982, also des Endes der linksliberalen Koalition, die schließlich mit dem Lambsdorff-Papier ihren Anfang nahm.

Tietmeyer ging nach der Wende als Staatssekretär ins Finanzministerium (wo dann auch Köhler als Redenschreiber des damaligen Finanzministers Gerhard Stoltenberg einzog), wurde Ende der 90er Jahre Präsident der Deutschen Bundesbank und von Kanzler Kohl als wirtschaftlicher Sonderberater für die deutsche Einigung zeitweise ausgeliehen. Zuletzt machte er Schlagzeilen als von Angela Merkel vorgeschlagener Vorsitzender einer Expertenkommission zur Bewältigung der einsetzenden internationalen Finanzkrise im Spätsommer 2007, nachdem man zwischendurch nur von seiner Lobbytätigkeit für die »Initiative neue soziale Marktwirtschaft« gehört hatte.

Ein paar Zimmer weiter damals in Bonn saß Bernd Pfaffenbach, seit vielen Jahren der wichtigste wirtschaftspolitische Berater deutscher Kanzler und Gipfel-Sherpa, zusammen mit Johannes Ludewig, der als Berater von Kohl die deutsche Vereinigung maßgeblich mitprägte und schließlich Bahnchef wurde. Beide schrieben damals die langweiligen monatlichen Konjunkturberichte des BMWI. Ein Stockwerk darüber ackerte sich Jürgen Stark, der später in der Bundesbank und in der Europäischen Zentralbank (EZB) maßgeblich für viele falsche Entscheidungen war, an der europäischen Agrarpolitik ab. Insgesamt gesehen aber gab es eine erstaunliche Menge sehr guter Ökonomen im Wirtschaftsministerium, die jederzeit mit ihren Kollegen in der Zentralbank oder in den wissenschaftlichen Instituten mithalten konnten und auch wollten. Herausragend waren Willi Koll, Gerhard Maier-Rigaud, Matthias Schürgers und der Anfang dieses Jahrhunderts tragisch ums Leben gekommene Hans-Jürgen Süsser. Wir alle berichteten an Otto Schlecht, den Doyen aller Bonner Staatssekretäre und den langjährigen Hüter des ordnungspolitischen Denkens in Deutschland.

Ich verstand von Anfang an meine Rolle als »Hilfsreferent« (so hieß das damals wirklich, bis man zur Wahrung der Menschenwürde auf Referent umstellte) im Grundsatzreferat als die eines kritischen Beobachters und Kommentators. Also begann ich, was sehr unüblich war, aus eigenem Antrieb (ohne »Weisung«!) kritische Kommentare (»Vermerke«) zu aktuellen Fragen zu schreiben, und zwar auch dann, wenn die Kritik die deutsche Wirtschaftspolitik betraf. Als zum Beispiel der damalige Bundesminister Otto Graf Lambsdorff aus Japan zurückkehrte und den Untergang Deutschlands wegen der scheinbar heraufziehenden japanischen Gefahr beschwor, hielt ich locker mit dem Argument entgegen, man solle sich mal die Abwertung der japanischen Währung ansehen, dann habe man eine einfache Erklärung für japanische Exporterfolge, die sich nicht auf die Überlegenheit des Japaners als solchem oder des Asiaten im Allgemeinen stützen müssten.

Eines Tages erhielt ich ob eines solchen Vermerkes einen gestreng klingenden Anruf eines ausgewachsenen »Unterabteilungsleiters« (so heißen die trotz allgemeiner Achtung der Menschenwürde noch heute), und zwar den eines damals schon sehr bekannten Unterabteilungsleiters. Ebenfalls ein Stockwerk über der Grundsatzabteilung saß nämlich auch Claus Noé, seines Zeichens zuständig für Strukturpolitik, also für Stahl, Landwirtschaft, regionale Fragen und ähnliche, von der reinen Marktwirtschaft abtrünnig gewordene Bereiche des Lebens. Claus Noé war aber trotz seiner Jugend weit über diesen Bereich hinaus bekannt geworden als Vordenker und Nachdenker (eigentlich beschreibt Nachdenker besser, worum es geht) von Karl Schiller und Helmut Schmidt, war aber gegen Ende der 70er Jahre in »Ungnade« gefallen, weil er partout nicht vom Denken ablassen wollte, obwohl doch gerade das Nachplappern der angebotspolitischen Floskeln angesagt war.

Dieser Claus Noé also zitierte mich zu sich, wie man einen Hilfsreferenten eben so zitiert, und verkündete mir bei einer

Tasse Kaffee, wie froh er sei, endlich wieder einen kritischen Menschen in diesem Ministerium begrüßen zu dürfen. Er ermunterte mich zum Weitermachen, selbst auf die Gefahr hin, in Ungnade zu fallen, weil das Denken nun mal das Einzige sei, was den Menschen zum Menschen mache. Claus Noé ging wenig später als Staatsrat nach Hamburg und wir trafen uns erst wieder, als in den Wirren der deutschen Vereinigung das Denken vollends unter die Räder zu kommen drohte. Wir planten dann gemeinsam mit Oskar Lafontaine die neue Wende einer rot-grünen Regierung für 1998 und entwarfen ein Programm für die mittlere Frist. Als die schon im Frühjahr 1999 zu Ende war und das Denken wieder in Ungnade fiel, blieb uns unsere herzliche Freundschaft bis zu seinem viel zu frühen Tod im März 2008.

1986 war meines Bleibens im BMWI nicht mehr länger. Nach der Rückkehr von einem neunmonatigen »Praktikum« (das ministeriumsintern nur Kinderlandverschickung genannt wurde) in Genf war die angebotspolitische Agenda im Ministerium so gefestigt und der Keynesianismus so sehr verteufelt, dass man meine ketzerischen Vermerke nicht mehr lesen und meine kritischen wissenschaftlichen Artikel nicht mehr in der Presse zitiert sehen wollte. Die Grundsatzabteilung bestand darauf, dass ich – trotz sehr freundschaftlicher Unterstützung von Otto Schlecht – nun etwas so Konkretes wie Mittelstandspolitik machen müsse. Das war zwar nicht sehr anstrengend, da die vielen Reden aus den immer gleichen Versatzstücken bestanden und sich in null Komma nichts schreiben ließen, aber es war doch geisttötend, weil man irgendwann ja verstanden hatte, dass der Mittelstand nun einmal das »Rückgrat« der deutschen Wirtschaft ist. So traf es sich gut, dass mich eines Tages Hans-Jürgen Krupp, der damalige Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), fragte, ob ich nicht Interesse an einer Mitarbeit in Berlin hätte¹.

Oskar Lafontaine war 1993 auf meiner Bildfläche erschienen. Nachdem ich bei einigen Gelegenheiten in Ostdeutschland eine

Referentin der Friedrich-Ebert-Stiftung namens Christa Müller getroffen und gesprochen hatte, wurde ich eines Tages zu einer kleinen, aber feinen Konferenz eingeladen, bei der sich der damalige finanzpolitische Sprecher der SPD von einigen Ökonomen, darunter auch Claus Noé und Hans-Jürgen Krupp, die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands vortragen ließ. Erst später erfuhr ich, dass der Hauptzweck der kleinen Konferenz gewesen war, geeignete Kandidaten für eine intensive Beratung des finanzpolitischen Sprechers zu identifizieren.

Als ich 1998 nach langen und wissenschaftlich geprägten Jahren in Berlin mit Oskar Lafontaine, Claus Noé und Wolfgang Filz von der Universität Trier (der seine deprimierenden Erlebnisse in dem Buch *Mitgegangen – mitgehangen. Mit Lafontaine im Finanzministerium* verarbeitet hat) wieder in ein Bundesministerium eintrat, war der Schock gewaltig. Zwar hatte die SPD gerade mit Pauken und Trompeten eine Wahl gewonnen, zwar war der Bundesfinanzminister auch der Vorsitzende der großen Koalitionspartei, zwar hatten wir in der Oppositionszeit interessante Ideen entwickelt, zwar war die internationale Szene günstig wie nie (weil fast ganz Europa sozialdemokratisch regiert wurde), zwar war unser Programm der Kontrolle der Finanzmärkte und der fundamentalen Änderung der wirtschaftspolitischen Rollenverteilung hochaktuell und – wie sich einige Jahre später zeigen sollte – geeignet, eine große globale und europäische (Finanz-)Krise zu verhindern, aber wir waren extrem einsam. Die Einsamkeit begann mit der Beamtenschaft, die auf alles getrimmt war, nur nicht auf kritisches und eigenes Denken, sie setzte sich fort im Parlament, wo keinerlei Reflexionsfläche für unsere Vorstellungen zu finden war, sie war latent bei allen Politiker- und Kabinettskollegen, die mit offenem oder verhülltem Entsetzen auf die Vorstellung reagierten, sich mit den »Finanzmärkten«, der heiligen Bundesbank oder der Unternehmerschaft anlegen zu wollen, und unsere Einsamkeit endete in den Medien, wo die letzten unabhängigen und kritischen Wirt-

schaftsjournalisten die Segel gestrichen hatten und die Ver-teufelung des Staates und des gesamtwirtschaftlichen Denkens zur Doktrin der gesamten staatstragenden Kaste erhoben worden war.

Im Frühjahr 2009 ist alles ganz anders. Der Staat hat die reale Wirtschaft vor dem Untergang gerettet, nachdem sie von den Finanzmärkten in den Sumpf getrieben worden war. Gut und Böse haben die Rollen getauscht. Die Staatenlenker sind die Helden, die Banker sind die Bösewichte. Der Name Keynes taucht wieder in den deutschen Gazetten auf und gar die ver-femten »Konjunkturprogramme« werden ernsthaft diskutiert. Doch Vorsicht! Viele von denen, die jetzt die neue Ära der Staats-wirtschaft ausrufen, haben auch vorher nicht verstanden, wovon sie sprechen, und die anderen wird ihr Opportunismus bei nächster Gelegenheit sofort wieder vom Gegenteil überzeugen. Niemand lernt über Nacht und bloß aufgrund eines großen globalen Schocks gesamtwirtschaftliches Denken. Weil aber die Bereitschaft der Menschen zu lernen, offenbar nur durch solche Schocks angeregt werden kann, gibt es jetzt eine Chance für einen Neuanfang – nicht mehr und nicht weniger. Ob sie wahr-genommen wird, wissen wir nicht. Sicher aber ist, dass die Architekten der alten Ordnung keinen tragfähigen Plan für die neue erarbeiten werden.

Einleitung

Als ich zum ersten Mal Gerhard Schröder auf einer Podiumsdiskussion gegenüber saß und mit ihm über Wirtschaftspolitik in Zeiten der Globalisierung diskutierte, es war wohl 1997, war ich schockiert. Da saß der Mann, der gute Chancen hatte, der erste sozialdemokratische Bundeskanzler in den Zeiten der Globalisierung zu werden, und redete und redete – er redete aber über Wirtschaft wie der Blinde von der Farbe. Um Wettbewerbsfähigkeit ging es ihm natürlich und darum, wie man Deutschland für den globalen Wettkampf der Nationen fit machen müsse. Was er in Niedersachsen gemacht hatte, um das Land voranzubringen, führte er dem staunenden Publikum und mir mehrfach vor. Alle meine schüchternen Versuche deutlich zu machen, dass in der Gesamtwirtschaft andere Gesetze gelten und dass gerade in der globalisierten Wirtschaft kein Land allein Wirtschaftspolitik machen kann, ohne früher oder später von denen abgestraft zu werden, die im Wettkampf der Nationen unterlegen sind, prallten an Schröder völlig ab.

Bei allem, was der damalige niedersächsische Ministerpräsident sagte, war klar, dass er lediglich die Perspektive eines Bundeslandes kannte, die Perspektive eines Provinzpolitikers, die Perspektive eines Unternehmers vielleicht oder sogar nur die eines privaten Haushalts. Was ihm nicht ein einziges Mal in den Sinn kam, war zu fragen, ob auf Bundesebene, in Europa oder

gar für die ganze Welt die gleiche Wirtschaftspolitik angemessen ist wie für Niedersachsen, für Volkswagen oder für seinen Privathaushalt. Mein Freund Claus Noé, damals auch wirtschaftspolitischer Kolumnist der *Zeit*, der nach dem Ende der Diskussion das blanke Entsetzen in meinem Gesichtsausdruck sah, bemerkte nur lapidar: »Jetzt hast du mal gesehen, was auf dich zukommt, wenn du versuchst, ökonomisch sinnvolle internationale Politik mit diesem Haufen zu machen.«

Worum es in diesem Buch geht, ist angesichts dessen leicht zu verstehen. Es geht darum, zu erklären, warum die deutsche Politik seit 30 Jahren systematisch scheitert. Dass eine Politik des sozialen Ausgleichs auch im Zeitalter des Kasinokapitalismus und der globalisierten Wirtschaftsabläufe mit dem Abbau von Arbeitslosigkeit und kräftigem Wirtschaftswachstum vereinbar ist, habe ich zusammen mit Friederike Spiecker in dem Buch *Das Ende der Massenarbeitslosigkeit* gezeigt. Warum aber scheitert die Politik so kläglich und warum scheitert die Partei, die sich den sozialen Ausgleich wie nichts anderes auf die Fahnen geschrieben hat, immer wieder systematisch, wenn sie nicht auch über ein tragfähiges Wirtschaftskonzept verfügt?

Tragfähig ist ein Wirtschaftskonzept für eine große Volkswirtschaft aber nur, wenn es auf gesamtwirtschaftlichen Einsichten beruht. Die Logik eines Unternehmens oder die eines privaten Haushalts helfen nicht weiter. Freilich gilt das für alle Parteien. Für konservative Parteien, bei denen der soziale Ausgleich ohnehin nicht auf der Agenda steht, ist das wirtschaftliche Scheitern aufgrund eines ungeeigneten wirtschaftspolitischen Konzepts nicht tragisch. Verlieren sie einmal, warten sie einfach bis die Sozialdemokraten wieder in jeder Hinsicht gescheitert sind, um dann so weiter zu machen wie vorher. Helmut Kohl war wirtschaftlich sicher nicht erfolgreich, aber es wäre niemandem in der CDU in den Sinn gekommen, die Ursache in einem falschen Wirtschaftskonzept zu suchen und die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen und der Vermögen zu bedauern.

In der SPD und bei der politischen Linken generell ist das anders. Es zerreißt sie, wenn ihr rechter Flgel konservative Wirtschaftspolitik macht, weil es dazu angeblich keine Alternative gibt, und dabei der soziale Ausgleich vor die Hunde geht. Nun, würde an dieser Stelle ein objektiver Beobachter vom Mars sagen, das ist tragisch, aber dann kann es in einer Demokratie eben keine sozialdemokratischen oder linken Parteien an der Macht geben, weil das ein Widerspruch in sich ist. Nur konservative Parteien, würde er sagen, haben offenbar die nötige Härte, die man braucht, um beim Volk das Gürtel-enger-Schnallen zu erzwingen, das unumgänglich für den Erfolg ist.

Genau das ist falsch. Eine ökonomische Lehre, die auf gesamtwirtschaftlichen Einsichten fußt, erkennt, dass genau diese Härte bei fast allen wirtschaftlichen Entscheidungen direkt in die Irre fhrt. Für die Linke ergibt sich daraus eine gewaltige Chance: Sie kann wirtschaftlich erfolgreich sein und zugleich für den sozialen Ausgleich sorgen, für den sie einst gegründet wurde.

Als ich mich in den 90er Jahren entschloss, die deutsche Sozialdemokratie für ein solches Experiment zu gewinnen, war mir aber bewusst, dass ich nicht erwarten konnte, dass auch nur eine Handvoll Sozialdemokraten diesen Zusammenhang verstehen würden. Also machte ich eine andere einfache Rechnung auf: Selbst diejenigen unter ihnen, die dem einzelwirtschaftlichen Denken verhaftet sind, müssten doch aus reinem Parteiegoismus erkennen, dass sie nicht der herrschenden Lehre in der Volkswirtschaftslehre² folgen können, ohne ihre Partei zu zerreißen. Bte man ihnen also die Verheißung einer alternativen Wirtschaftspolitik ohne die normale Härte, müssten sie diese, auch ohne daran zu glauben, sinnvollerweise wenigstens ausprobieren wollen. Sie müssten ja wissen, so meine Überlegung, dass sie mit der herrschenden Wirtschaftspolitik auf jeden Fall und sehr schnell scheitern werden, weil der soziale Ausgleich fehlt und nichts dafür spricht, dass eine Politik, die Kohl 16 Jahre lang aus-

probiert hat, auf einmal erfolgreich ist, wenn sie von Sozialdemokraten ausgeführt wird.

Weit gefehlt. Die Masse der Sozialdemokraten einschließlich der heute wieder führenden Figuren hatte panische Angst davor, sich darauf auch nur gedanklich einzulassen und flüchtete lieber direkt in die Arme der herrschenden Lehre. Warum? Das ist nicht leicht zu erklären. Es ist ja schon nicht leicht zu erklären, warum ein Mensch überhaupt Sozialdemokrat ist oder wird, wenn er fest daran glaubt, dass Arbeitslosigkeit regelmäßig von zu hohen Löhnen oder übermäßigen Lohnnebenkosten verursacht wird, dass der Arbeitsmarkt prinzipiell wie ein Kartoffelmarkt funktioniert und Sparen, staatliches und privates, das wichtigste Mittel ist, um das Investieren zu befördern. Aber zugegeben, es gab schon Sozialdemokratie, als noch keine alternative Volkswirtschaftslehre am Horizont sichtbar war, und die war darauf aus, die Lebensumstände der Menschen zu verbessern, selbst wenn es gegen die herrschende Lehre in der Wirtschaft und gegen die Auffassung der Unternehmer ging.

In der modernen Welt aber, wo selbst superkonservative amerikanische Regierungen und die amerikanische Notenbank Keynesianismus praktizieren (ein riesiges »Konjunkturprogramm« hat der neue Präsident Obama Anfang 2009 aufgelegt und damit bewiesen, dass er schlimmer als die schlimmsten Linken ist), wo eine konservative französische Regierung nach Keynesianismus giert und ihn nur wegen des hartnäckigen deutschen Widerstandes nicht bekommt, wo in den sich entwickelnden großen Volkswirtschaften der Welt wie China und Indien Keynesianismus selbstverständlich ist, wo offenkundig ist, dass die Ökonomen in Deutschland als einzige eine große geistige Insel bilden, die dem Keynesianismus widersteht, da ist es dennoch schwer zu verstehen, warum Sozialdemokraten nicht zur Speerspitze einer Idee werden, die auf fast wunderbare Weise das ökonomisch Vernünftige mit dem sozial Wünschbaren verbindet.

Die beste Erklärung für dieses eigenartige Verhalten der Spezies Sozialdemokrat, die mir einfällt, ist allerdings an Trivialität kaum zu überbieten. Wer einmal einem ganzen Saal von deutschen Unternehmern gegenübergesessen hat – ich erinnere mich an ein faszinierendes Ereignis dieser Art mit der bremischen Kaufmannschaft in meiner Zeit als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium –, die natürlich alle ganz fest an die unternehmerische Weisheit (wonach die unsichtbare Hand des Marktes in wunderbarer Weise alle wichtigen Probleme löst) glauben und sie mit Verve vertreten, weiß, wie schwer man sich das Leben macht, wenn man versucht, die unternehmerische Logik mit einer volkswirtschaftlichen zu kontern. Man zeige mir den Sozialdemokraten, der auf einer der unumgänglichen Cocktailpartys in der Hauptstadt einem deutschen Topmanager oder Banker tief ins Auge blickt und zu ihm sagt: »Sie mögen ja von unternehmerischer Wirtschaft etwas verstehen, von volkswirtschaftlichen Management verstehen Sie nichts, das überlassen Sie mal besser uns.«

Der letzte Sozialdemokrat, der das konnte, war vielleicht der Helmut Schmidt der späten 70er Jahre (nicht zu verwechseln mit dem Mann, der in den letzten drei Jahrzehnten in einer deutschen Wochenzeitung überwiegend Unternehmerlogik verbreitet). Vor Schmidt galt das sicher auch für den Karl Schiller der 60er Jahre. Der allerletzte ist heute offiziell kein Sozialdemokrat mehr, war für kurze Zeit Bundesfinanzminister und heißt Oskar Lafontaine.

Wie gesagt, diesen typischen Sozialdemokraten und Parteimenschen, der genau das nicht sagt, sondern dem Unternehmer in seiner Klage über zu hohe Steuern, untragbare Lohnnebenkosten und die übermächtigen Chinesen sofort zustimmt, obwohl er gerne ein guter Mensch wäre und in einem reichen Land Armut verhindern möchte, findet man in allen Parteien. Weil er oder sie nicht wissen, was man gegen die Unternehmerlogik vorbringen kann, beharrt er lediglich darauf, dass die unumgäng-

lichen Härten für die Arbeitnehmer aber doch bitte zeitlich etwas gestreckt werden müssten und dass die breiten Schultern doch bitte auch ein wenig tragen sollten, weil die nächste Steuerentlastung für die Unternehmen ja schon geplant sei.

Diesen typischen Sozialdemokraten findet man zwar in allen Parteien, er ist aber nur für die Linke ein Problem. Weil er in der Regierung wirtschaftlich scheitert (was ganz sicher ist, wenn man von kurzen Perioden unverhofften Glücks wie 1999 bis 2001 oder 2005 bis 2007 absieht, wo sich die Situation am Arbeitsmarkt wegen guter Weltkonjunktur etwas besserte), meutert der nach links tendierende Teil der Bevölkerung und wählt ihn nicht mehr, weil sich die Lage der arbeitenden Bevölkerung ohne Lohnzuwachs und ohne ordentlich bezahlte Jobs per Saldo verschlechtert hat. Dann kommt wieder die CDU dran, und zwar genau so lange, bis die Bevölkerungsmehrheit vergessen hat, dass die Linke ja wirtschaftlich nichts anderes macht als die Konservativen und wieder auf die Parolen vom sozialen Ausgleich hereinfällt.

Lange Rede, kurzer Sinn: Mit der Übernahme der herrschenden ökonomischen Lehre, die nichts anderes als simple Unternehmerlogik bietet, bringt sich die Sozialdemokratie (und die politische Linke) um jede Chance und um jede Perspektive. Wenn sie regiert, verliert sie ihre Anhänger und Mitglieder, weil die Ergebnisse wirtschaftlich und sozial katastrophal sind. Wenn sie opponiert, hat sie wirtschaftspolitisch keine Alternativen zu bieten, muss also auf das Scheitern der Konservativen warten, um dann nach Regierungsübernahme wieder selbst zu scheitern. Das Ergebnis solchen wechselseitigen Scheiterns gefährdet die Demokratie. Findet in einem Land auf längere Sicht keine regierungsfähige Partei der Mitte eine Erfolg versprechende wirtschaftspolitische Konzeption, bleibt der Bevölkerung nur Apathie oder eine Hinwendung zu radikalen »Lösungen«.

Ersteres erleben wir gerade. Die dramatisch sinkende Wahlbeteiligung und die rückläufigen Mitgliederzahlen von SPD und

CDU zeigen, wie orientierungslos und frustriert die Wähler sind – und zwar nicht nur, wie üblicherweise behauptet, weil sie des »Politikbetriebs« überdrüssig sind. Viel wichtiger dürfte sein, dass sie keine alternativen Konzepte sehen und erleben müssen, wie die beiden großen Volksparteien sich in Klein-Klein-Auseinandersetzungen verhaspeln und keines der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen.

Nur eine vollständige Emanzipation von der Unternehmerlogik und die Übernahme einer volkswirtschaftlichen Logik kann hier Abhilfe schaffen. Die CDU ist davon weiter entfernt denn je, weil sie bis heute nicht im Ansatz begriffen hat, was sie Anfang der 50er Jahre erfolgreich sein ließ und woran sie spätestens bei der wirtschaftlichen Umsetzung der deutschen Einheit scheiterte (was sicher in gleichem Maße für die FDP gilt). Die SPD macht nach der Ablösung von Kurt Beck Anfang September 2008 wieder einen Schritt in die falsche Richtung. Es ist in dieser Partei weit und breit niemand, der genug Wissen und Überzeugungskraft besäße, um eine Umkehr einzuleiten. Die Grünen haben es seit ihrer Gründung bis heute erfolgreich geschafft, eine Diskussion volkswirtschaftlicher Fragen zu vermeiden. Bleibt die neue Linke. Sie hat zwar noch kein Programm, aber auch dort gibt es starke Kräfte, für die Wirtschaftspolitik nichts anderes als Unternehmerpolitik ist.

Dieses Buch soll zeigen, wie kläglich die politischen Antworten auf die drängenden wirtschaftlichen Fragen der Zeit sind und wie dramatisch die Lage der Demokratie in Deutschland ist, wenn sich die großen Parteien in der für jede Regierung zentralen Frage der wirtschaftlichen Kompetenz keine Konkurrenz mehr machen. Ich maße mir nicht an zu wissen, wohin die Reise einer offenen Gesellschaft geht. Eine Gesellschaft aber, die es nicht schafft, die großen Themen der Globalisierung, der Alterung, des Finanzmarktkapitalismus oder der ökonomisch gerechtfertigten Teilhabe der Bevölkerungsmehrheit am Fortschritt auch nur ernsthaft zu diskutieren, ist in ihren Grundfes-

ten gefährdet, weil sie das, was Demokratie und Marktwirtschaft im Kern ausmacht, den freien Austausch und den Wettbewerb von Ideen nämlich, mit Füßen tritt. Wenn Politik und Gesellschaft auf Dauer nur noch von den vermeintlichen Interessen³ einer Gruppe dominiert werden, wie das mit der Übernahme der Unternehmerlogik zur wirtschaftlichen Staatsdoktrin geschieht, werden »die anderen« früher oder später den Vertrag aufkündigen, der einer arbeitsteiligen Wirtschaft implizit zugrunde liegt. Dann ist viel mehr gefährdet, als nur das Interesse einer Gruppe.